



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 603.524/2-V/4/92

An das
Präsidium des
Nationalrates

1010 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	PP -GE/19. P2
Datum: 10. NOV. 1992	
Verteilt 12. Nov. 1992	

H. Fajst

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
arbeitsvertragsrechtliche Bestimmungen an das
EG-Recht angepaßt werden
(Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG) und
andere Gesetze geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Anbei übermittelt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum im Betreff genannten
Gesetzesentwurf.

6. November 1992
Für den Bundeskanzler:
KREUSCHITZ

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 603.524/2-V/4/92

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

1010 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Pietsch

4232

56.717/3-1/92

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
arbeitsvertragsrechtliche Bestimmungen an das
EG-Recht angepaßt werden
(Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG) und
andere Gesetze geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Zu den im Betreff genannten Gesetzesentwurf nimmt das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

Allgemeines:

Gemäß den Regeln 65 und 129f der Legistischen Richtlinien 1990,
sind Sammelnovellen, die mehrere Gesetze gleichzeitig ändern,
nur in Ausnahmefällen, insbesondere bei Vorliegen eines
besonderen sachlichen Zusammenhanges, vorzunehmen. Der
Verfassungsdienst bezweifelt, ob die im Hinblick auf das
EWR-Abkommen notwendigen Anpassungen als den entscheidenden,
diesen sachlichen Zusammenhang herstellen, weil wesentlich
weitergehende Änderungen vorgenommen werden.

Im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen sollte anstatt
"EWR-Staatsbürgern" besser der Ausdruck "angehörige von
Staaten, die Vertragsparteien des EWR-Abkommens sind" (anstatt
"Mitgliedsstaaten des Abkommens über den Europäischen
Wirtschaftsraum") verwendet werden.

- 2 -

Zu den einzelnen Bestimmungen:Zu Art. I § 6 (Bildschirmarbeit):

Der Informationspflicht des Arbeitgebers über etwaige qualitative oder quantitative Kontrolle der Arbeitsleistung bei Bildschirmarbeit folgt keine wirksame Durchsetzungsmöglichkeit. Diese Arbeitnehmerschutzregelung stellt sich somit als lex imperfecta dar, obwohl bei extremer Ausbeutung die Grundrechtssphäre des Arbeitnehmers berührt sein könnte.

Zu Art. II Z 4:

In § 108 Abs. 4 Z 3 wäre das Wort "genommene" richtigzustellen.

Zum Vorblatt:

Der Hinweis im Vorblatt, daß allfällige Kosten für den Bund nicht diesem Bundesgesetz, sondern dem EWR-Abkommen zuzurechnen sind, ist unzutreffend: Da das EWR-Abkommen nicht unmittelbar wirksam wird, kann es auch keine Kosten verursachen. Die verursachten Kosten wären daher zu beziffern.

6. November 1992
Für den Bundeskanzler:
KREUSCHITZ

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

